

Nationalrat Hurter

«Maurers Szenario finde ich logisch»

VON ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN Bundesrat Ueli Maurer hat in einer Rede an der Bad-Horn-Tagung davor gewarnt, dass bis zu 5000 Flüchtlinge täglich in die Schweiz kommen könnten (siehe SN von gestern). Denn Kanzlerin Merkel werde wohl Deutschlands Aussengrenzen schliessen müssen, habe Maurer laut des Parteipräsidenten der SVP Schaffhausen, Pentti Aellig, gesagt.

Verständnis für Maurers Rede äussert auch der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Thomas Hurter. «Dass Herr Maurer dieses Szenario aufgezeichnet hat, finde ich nur logisch, wenn ich mir die Flüchtlingssituation in Europa anschau», sagt Hurter. Es sei nicht unrealistisch, dass Frau Merkel etwas unternehmen müsse, da sie offensichtlich innenpolitisch unter Druck sei. «Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, sich damit auseinanderzusetzen.»

«Zusammenarbeit verstärken»

Für einen Massenandrang von Flüchtlingen ist die Schweiz laut Hurter nur befristet gewappnet. «Das Grenzwachtkorps (GWK) wäre dann auf zusätzliche Hilfe angewiesen. Kurzfristig könnte die Armee aushelfen, etwa bei administrativen Aufgaben. Mittelfristig befürworte ich eine Aufstockung des GWK.» Dies müsse aber vom Parlament bewilligt werden, und danach müsse man die Grenzwachter einsatzfähig wahren, ginge es zwei bis drei Jahre. Hurters Lösung? «Der Sicherheitsverbund, bestehend aus GWK, Polizei und Armee, muss seine Zusammenarbeit verstärken.»

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (Sik-N), dessen ehemaliger Präsident Hurter ist, wird in der nächsten Sitzung in zwei Wochen einen ganzen Block zum Thema Grenzbeobachtung behandeln. Wie Sik-Mitglied Hurter weiter sagt, wird dann auch die Taskforce Tetra zur Bekämpfung von dschihadistisch motiviertem Terrorismus in der Schweiz ein Thema sein.

Bund blockiert Russlandexporte

Didier Burkhalter Aussen-departement und Johann Schneider-Ammanns Wirtschaftsdepartement sind sich bei Exporten von Werkzeugmaschinen nach Russland uneinig. Wegen der Blockade soll nun der Bundesrat entscheiden.

VON TOBIAS GAFAFER

BERN Der russische Kunde stellte dem Werkzeugmaschinenbauer aus der Schweiz ein Ultimatum: Wenn die Firma nicht bald eine Ausfuhrbewilligung erhalte, verliere sie den Auftrag. Das ist nur ein Beispiel für die Sorgen der Industrie. Die strenge Haltung des Bundes beim Export zivil und militärisch nutzbarer Güter nach Russland und in die Ukraine sorgt für Unmut. In einer Branche, die wegen der Frankenstärke bereits Stellen abgebaut hat. Seit die EU ein Exportverbot für die russische Armee verhängt hat, bewilligt Bern die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern in die zwei Länder nur noch restriktiv, wenn diese für militärische Zwecke verwendet werden könnten. Es geht um zivile Aufträge von Mischkonzernen, die auch ein militärisches Standbein haben.

Laut gut informierten Quellen soll nun der Bundesrat in einer der nächsten Sitzungen über mehrere hängige Exportgesuche entscheiden. Er kommt ins Spiel, wenn sich die Exportkontrollgruppe über Geschäfte von politischer Tragweite nicht einigen kann. Neben dem federführenden Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) besteht diese unter anderem aus Vertretern des Aussen-departements (EDA), der Geheimdienst wird angehört.

«Birkenstock-Fraktion» bremst

Die Industrie und Politiker orten das Problem primär beim EDA von Bundesrat Didier Burkhalter, während das Wirtschaftsdepartement WBF von Johann Schneider-Ammann als pragmatischer gilt. Letzteres verteidigt na-



Johann Schneider-Ammanns (links) Departement ist bei der Exportkontrolle pragmatischer als jenes von Didier Burkhalter. Bild Key

turgemäss die Interessen der Wirtschaft, während das EDA die Neutralitätspolitik oder die Menschenrechtssituation höher gewichtet. Für Zurückhaltung setzen sich unter anderem dessen Abteilungen für das Völkerrecht, die menschliche Sicherheit oder die Entwicklungshilfe ein. In der Verwaltung ist auch von der «Birkenstock-Fraktion» die Rede.

2015 nur acht Gesuche untersagt

Auf Anfrage halten beide Departemente den Ball flach. Das Verhältnis zwischen den beiden Vorstehern sei so gut wie noch nie, sagt ein EDA-Sprecher. Auf tieferer Ebene aber könne es Diskussionen zwischen den zuständigen Stellen geben. Der Bund habe die Massnahmen ergriffen, um Umgehungsgeschäfte der EU-Sanktionen zu verhindern. Das EDA und das Seco be-

tonen, die Zahl der abgelehnten Gesuche sei gering. Tatsächlich untersagte der Bund 2015 laut der Statistik des Seco nur acht Exportgesuche für Russland und die Ukraine. Es ging um Werkzeugmaschinen und Testausrüstung für Navigationstechnik.

Doch für manch ein Unternehmen, etwa die Ostschweizer Starrag, steht mehr auf dem Spiel. Die Statistik beleuchtet nur einen Teil. Für viele Firmen ist die Unsicherheit gross. Andere reichen Gesuche nicht mehr ein, da sie für Mischkonzerne mit einem Verbot rechnen – oder der Bund bereits Vorfragen negativ beantwortete. Vor allem aber ist das verlorene Vertrauen der Geschäftspartner aus Russland schwer zu ersetzen. Auch wenn die Schweizer Industrie wegen ihrer Präzision und Verlässlichkeit seit der Zeit der Sowjetunion ein hohes Ansehen hat.

Der Branchenverband Swissmem befürchtet weitere Restrukturierungen, über Jahrzehnte aufgebaute Geschäftsbeziehungen würden zerstört. Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP/SG) und die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren intervenierten beim Bund. Sie fordern gleich lange Spiesse mit vergleichbaren Ländern wie Deutschland. Beobachter gehen davon aus, dass Bern bei einigen Lieferungen von Dual-Use-Gütern wie Werkzeugmaschinen an russische Mischkonzerne über die Bücher gehen könnte. Das wäre kein Kurswechsel, sondern würde bloss den Spielraum der Verordnung ausnützen.

Beim Export von Waffen in den Nahen Osten, bei dem seit dem Jemen-Konflikt eine Blockade gilt, dürfte der Bundesrat dagegen hart bleiben – trotz Klagen der Rüstungsindustrie.

Journal

Keine Ausbildungszulagen für islamischen Lehrgang

LAUSANNE Der Ausbildungsgang zur «islamischen Theologie» an einem islamischen Zentrum in Basel berechtigt den Vater der Lernenden nicht zum Bezug von Familienzulagen. Dies hat das Bundesgericht entschieden. Inhalt und Lernziele des Bildungsgangs seien nicht überprüfbar, womit dieser nicht die Anforderungen an die Ausbildungszulagen erfülle.

Bundesrat: «Die Spekulanten sind nicht nur die Bösen»

BERN Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» hält aus Sicht des Bundesrates nicht, was sie verspricht. Ein Spekulationsverbot wäre im Kampf gegen den Hunger wirkungslos, würde aber der Schweizer Wirtschaft schaden. «Die Spekulanten sind nicht nur die Bösen», sagte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gestern. Die Bauern seien auf sie angewiesen, um sich gegen Preisschwankungen abzusichern.

Grosse Mehrheit der Schweizer möchte in einem Dorf leben

ZÜRICH Obwohl mittlerweile drei Viertel der Schweizer in Städten leben: Im Herzen sind sie Dorfbewohner geblieben, wie eine Umfrage der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft zeigt. 72 Prozent gaben an, in einem Dorf leben zu wollen.

Die Stelle verloren wegen Terrorangst

Auf Anordnung des Genfer Sicherheitsdirektors wurden über 30 Angestellten des Flughafens Cointrin die Zutrittsbadges entzogen. Warum, das müssen sie nun vor Gericht herausfinden.

VON DENISE LACHAT

GENÈVE Die einen wurden von der Polizei vom Arbeitsplatz weggeholt, die anderen standen bei Arbeitsbeginn vor verschlossener Tür: Kurz vor Weihnachten, am 23. Dezember, verloren Dutzende von Angestellten des Genfer Flughafens ihre Zutrittsberechtigung. Das geschah ohne Vorwarnung der Betroffenen, aber auf Anordnung des Genfer Sicherheitsdepartements, wie die Zeitung «Le Temps» Ende letzter Woche enthüllte. Der für die Sicherheit zuständige Staatsrat Pierre Maudet hatte Anfang Dezember angekündigt, dass nach den Attentaten von Paris die Sicherheit am Genfer Flughafen erhöht würde; durch eine verstärkte Polizeipräsenz, mehr Patrouillen auf dem Rollfeld und auch durch eine strengere Kontrolle der Badges jener Angestellten, die Zugang zu sensiblen Bereichen des Flughafens haben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil im November be-

kannt geworden war, dass in der Gepäckabfertigung zwei Franzosen gearbeitet hatten, die später vom französischen Nachrichtendienst als Moslems mit Radikalisierungsrisiko in einer sogenannten «Fiche S» fichtiert wurden.

Eine klare Antwort auf die Frage nach den Gründen, warum ihnen der Badge durch die Flughafenleitung entzogen worden ist, haben die Betroffenen bis heute nicht. Und: «Ihre Arbeitgeber fielen ebenfalls aus allen Wolken», sagt Pierre Bayenet. Der Genfer Anwalt vertritt rund zehn Betroffene, Grenzgänger aus Frankreich und in Frankreich wohnhafte Schweizer.

«Besuchen keine Moschee»

Inzwischen sei etlichen Angestellten gekündigt worden, sagt Bayenet. Das Motiv: Der Badge ist die Voraussetzung zum Arbeiten am Flughafen, von dieser Zutrittsberechtigung hängt denn auch der Arbeitsvertrag ab. Viel mehr weiss auch Bayenet nicht. Seine Klienten hätten ihm gesagt, die Flughafenpolizei habe auf Informationen des französischen Nachrichtendienstes verwiesen. Doch als sie sich selbst erkundigten, habe die Behörde geantwortet, sie fände gar keinen Eintrag über sie.

So erzählte es auch ein fassungsloser junger Franzose am Westschweizer Fernsehen. Die Beamten hätten etwas gestaunt, weil sie unter seinem Namen und seinem Geburtsdatum nichts fan-

den. Es gebe auch nichts zu finden, beteuerte der Mann. Er arbeite seit 2008 am Flughafen und habe jedes Jahr einen aktuellen Strafregisterauszug vorgelegt. Auf die Frage der TV-Journalistin, ob er praktizierender Moslem sei, antwortete er mit Ja, aber radikal sei er deswegen nicht.

Anderer, so erzählt Anwalt Bayenet, hätten ihm gesagt, sie besuchten nicht einmal die Moschee. Er könne sich nach den Gesprächen auch kaum vorstellen, dass es sich bei seinen Klienten um radikale Moslems handle. Er habe vielmehr den Eindruck von Familienvätern, die ein ruhiges Leben führten.

Nun soll ein Gericht feststellen, ob die Massnahme angebracht war oder nicht. Dazu bereitet der Anwalt einen Rekurs gegen die Genfer Sicherheitsdirektion wie auch gegen die Flugha-

fenleitung vor. «Dann müssen die Informationen auf den Tisch. Und dann soll der Richter entscheiden, ob die Betroffenen ihren Badge wieder erhalten sollen oder nicht.»

Scharm el-Scheich im Kopf

Die Sicherheitsdirektion hüllt sich zu den Gründen in Schweigen, und dies wiederum aus Gründen der Sicherheit. Maudet betonte am Montagabend in der welschen «Tagesschau» aber, es habe ausreichend Anhaltspunkte für einen Entzug dieser Badges gegeben. Er setze sich für die Sicherheit der Bevölkerung und der Flugpassagiere ein. Maudet erinnerte dabei an das ägyptische Scharm el-Scheich. Dort wurden Flughafenmitarbeiter verdächtigt, Terroristen beim Platzieren einer Bombe geholfen zu haben, welche ein russisches Flugzeug zum Absturz gebracht haben soll. Ob der 37-jährige freisinnige Sicherheitsdirektor, dem Ambitionen auf höhere Weihen nachgesagt werden, überreagiert hat oder nicht, werden dereinst vielleicht Gerichtsentseide zeigen. Maudet, Hauptmann in der Armee, kritisiert die Schweizer Sicherheitspolitik schon seit Längerem als zu lasch und hält sich selbst ans Motto, lieber zu viel als zu wenig Sicherheit. Fast schon militärisch klingt auch seine Grusskarte für das neue Jahr. 2016 stellt Maudet ins Zeichen des Durchhaltewillens und der Entschlossenheit.



Pierre Maudet.

Bild Key